

Spielraum wird immer enger *BM 10.03.*

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Fraktion WNKUWG bittet in einem Antrag den Bürgermeister um eine grobe Aufstellung von übertragenen Aufgaben durch Bund und Land, die nicht von diesen vollständig gegenfinanziert werden und durch die die Stadt einen ungedeckten Zuschuss leisten muss. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Die bereits beginnenden Diskussionen zeigen, dass nach dem Verlassen des HSK die Dinge eben nicht einfacher werden, weil die Stadt aufgrund nicht auskömmlicher Finanzierung durch Land und Bund weiterhin in oder am Rande eines strukturellen Defizits steht.“ Dadurch bestehen für freiwillige Leistungen kein Spielraum.

Vier Fraktionen möchten Firmen Steuern stunden

BM 24.03.2020

WERMELSKIRCHEN (tei.-) In einem gemeinsamen Antrag an den Bürgermeister fordern die Fraktionen von CDU, WNKUWG, Büfo und FDP, den gewerbsteuerpflichtigen Einzelhändlern, Unternehmen, Gastronomen und sonstigen Gewerbetreibenden auf Antrag unbürokratische Stundungsmöglichkeiten für die Gewerbesteuervorauszahlungen im zweiten und dritten Quartal 2020 zu ermöglichen. Ziel sei, so die Fraktionsvorsitzenden in dem Papier, die Liquidität der Gewerbetreibenden zu wahren und somit drohenden Insolvenzen sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen entgegen zu wirken.

Die Regierungen von Land und Bund, so die Begründung, leiten derzeit umfangreiche Maßnahmen ein, um der Wirtschaft zu helfen. Dabei geht es um die Sicherung des Einkommens von Arbeitnehmern und Selbstständigen. Ergänzend zu diesen Maßnahmen möchten die Antragsteller einen schnellen und unbürokratischen Beitrag auf kommunaler Ebene leisten. Die Fraktionen von CDU, WNKUWG, Büfo und FDP werden zudem weiterhin darüber beraten, welche „besonders beeinträchtigten Gruppen“ durch kommunale Mittel zukünftig unterstützt werden können.

Fraktionen wollen schnelle Hilfen *W6 A*

23.03.2020

Eltern und Gewerbe sollen entlastet werden.

Einen gemeinsamen Antrag zur Erstattung beziehungsweise Aussetzung der Elternbeiträge haben die Fraktionen von CDU, WNKUWG, Büfo und FDP gestern auf den Weg gebracht. Geschickt wurde er an Bürgermeister Rainer Bleek, mit der Bitte, ihn an die zuständigen Gremien zu verweisen.

Im Wortlaut ist der Beschlussvorschlag: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine schnelle und unbürokratische Lösung zu erarbeiten, um Elternbeiträge für aufgrund der Coronavirus-Pandemie behördlich geschlossenen Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen, Offenen Ganztagschulen und anderen Kinderbetreuungseinrichtungen auszusetzen bzw. zu erstatten.“

Die Begründung: „Mit dieser Maßnahme möchten die Antragsteller eine weitere Maßnahme in die Wege leiten, um die Folgen der Corona-Krise für betroffene Personen mit

einem kleinen Beitrag etwas abzumildern. Dabei wird die Verwaltung gebeten, auch mit dem Land Nordrhein-Westfalen zu sprechen, ob entsprechende finanzielle Unterstützung auch in diesem Bereich geplant ist.“

Unterschieden haben den Antrag Dr. Christian Klicki (CDU), Henning Rehse (WNKUWG), Oliver Platt (Büfo) und Jürgen Manderla (FDP).

Bereits Ende vergangener Woche hatten diese Fraktionen die Stundung der Gewerbesteuer beantragt: „Die Stadt Wermelskirchen findet für gewerbsteuerpflichtige Einzelhändler, Unternehmen, Gastronomen und sonstige Gewerbetreibenden auf Antrag unbürokratische Stundungsmöglichkeiten für die Gewerbesteuervorauszahlungen im 2. und 3. Quartal 2020. Ziel ist es, die Liquidität der Gewerbetreibenden zu wahren und somit drohenden Insolvenzen sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen entgegen zu wirken.“ *ms*